



DEUTSCHER
VEREINIGUNG FÜR
POLITISCHES BILDUNG

Landesverband Bayern

**Stellungnahme zum Gutachten der Expertinnen- und
Expertenkommission zur
Lehrkräftebildung für das 21. Jahrhundert:
Attraktivität und Qualität durch Professionsbezug und
Wissenschaftsorientierung**

Vorwort

Um den vielschichtigen, kontroversen und zum Teil extremistischen Weltanschauungen in der Gesellschaft sowie (inter-)kulturellen Herausforderungen Rechnung zu tragen, erscheint es geboten, fundierte, überfachliche Demokratiebildung in den drei Phasen der Lehrkräftebildung verbindlich zu verankern. Aufgrund zunehmender extremistischer Strömungen in unserer Gesellschaft in Bereichen wie Politik, Kultur und Religion bedarf es unterrichtspraktischer Handlungsstrategien („Core Practices“), die die Lehrkräfte bei Konfrontation mit entsprechenden politischen sowie religiösen Weltanschauungen anwenden können und somit ihre berufliche Resilienz stärken. Um die Lehrkräfte für Demokratiebildung zu sensibilisieren, sind domänenspezifische Kompetenzen nötig, wie kognitive, prozedurale und habituelle Kompetenzdimensionen. Dabei spielt das Fachwissen im Rahmen der Demokratiebildung eine nicht zu unterschätzende Rolle, die sich auch auf die anderen Kompetenzbereiche fundamental erstreckt. Diese Kompetenzanbahnung könnte die Universität in der ersten Ausbildungsphase gewinnbringend durch ein Basismodul für alle Lehramtsstudiengänge durchführen.

Ausgehend von diesen Überlegungen hat sich eine Expertengruppe des Landesverbands Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung intensiv mit dem Gutachten auseinandergesetzt. Beteiligt waren DVPB-Mitglieder, die in allen Phasen der bisherigen Lehrkräftebildung aktiv sind und fundierte Erfahrungen einbringen konnten – sei es aus ihren Tätigkeiten an Universitäten, Akademien oder in verschiedenen Schularten.

Vorab begrüßt die Expertengruppe, dass Themenschwerpunkte wie Inklusion und Heterogenität, die mit Blick auf die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen den Schulalltag dominieren, im Gutachten bereits ausführlich berücksichtigt sind.

Jedoch gibt es Aspekte, die Fokussierungsbedarf in allen Phasen der Lehrkräftebildung aufweisen. Der Landesverband Bayern der DVPB regt aufgrund der

Empfehlungen 1, 5, 7, 10, 11 und 12 des Gutachtens nachfolgend unter Punkt 1 die **Einrichtung eines Basismoduls Demokratiebildung** und unter Punkt 2 die **Stärkung personeller und finanzieller Ressourcen in allen drei Ausbildungsphasen** an; außerdem zeigt er unter Punkt 3 die **Sicherstellung von Gelingensbedingungen für eine nachhaltige Demokratiebildung an Schulen** auf.

1. Empfehlung: Einrichtung eines Basismoduls Demokratiebildung

Das Gutachten weist zu Recht und wiederholt auf die Veränderung des Berufsfelds einer Lehrkraft hin. Wir beziehen uns auf folgenden Absatz im Gutachten (S.14):

„Aufgrund der stetigen und derzeit besonders dynamischen Weiterentwicklung von Schule - etwa durch Digitalisierung und künstliche Intelligenz, zunehmende Heterogenität und Inklusion, den Auftrag der Grundlegung von Demokratiebildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung in jeder Schulart – sind die Herausforderungen, vor denen eine Lehrkraft steht, nicht mehr vergleichbar mit früher.“

Um den aktuellen und gesellschaftlichen Herausforderungen im Schulalltag kompetent begegnen zu können, bedarf es an den Universitäten für alle Lehramtsstudiengänge der Einführung eines **verpflichtenden Demokratiebildungsmoduls**, das durch die **Fachdidaktik Politik und Gesellschaft** durchgeführt wird, um Kernkompetenzen in diesem Bereich bei den Lehramtsstudierenden fächerübergreifend anzubahnen. Jede Lehrkraft muss fachlich, didaktisch und methodisch mit allen Formen von demokratiegefährdenden und verfassungsfeindlichen Positionen in der Klasse umgehen lernen. Dies umfasst zudem fremdenfeindliche, sexistische und extremistische Bemerkungen, Vorfälle, anstößige Inhalte und Anfeindungen im Klassenzimmer und im schulischen Umfeld. Wenn sich Studierende auch für solche Herausforderungen gut vorbereitet und gerüstet sehen, dürften manche Vorbehalte und Ängste vor dem Unterrichtsalltag ausgeräumt werden. Auch dies hält der Verband für einen hilfreichen Baustein, die Attraktivität des Lehrberufs zu sichern und einen professionellen Umgang mit neuen Entwicklungen sicherstellen. So ist ein Basismodul zur Demokratiebildung denkbar, das “Core Practices” thematisiert, um die Studierenden gezielter auf den Lehrberuf vorbereiten zu können. Dieses Modul müsste neben fachdidaktischen Grundlagenkenntnissen auch praktische Handlungsmöglichkeiten beinhalten und es ermöglichen, die Studierenden bereits im universitären Kontext bestmöglich auf die zweite Phase und den künftigen Lehrberuf vorzubereiten. So wird man erreichen, dass Lehrkräfte mit dem ersten und zweiten Staatsexamen langfristig dem Lehrdienst erhalten bleiben und eine kontinuierliche und erfüllende Berufsbiografie vorweisen. Ebenso sollte in der zweiten Phase in Grundfragen staatsbürgerlicher Bildung bzw. durch eine entsprechende Qualifizierung aller Seminarlehrkräfte die entsprechenden Inhalte bzgl. Demokratiebildung geschärft werden.

Als Verband, der sich insbesondere der Förderung der politischen Bildung und der Demokratiebildung verpflichtet fühlt, schlagen wir deshalb unter Vorbehalt einer

personellen und finanziellen Aufstockung die **Einrichtung eines Basismoduls Demokratiebildung** vor.

2. Empfehlung: Stärkung personeller und finanzieller Ressourcen in allen drei Ausbildungsphasen

Die Qualitätssteigerung und -sicherung in allen drei Phasen der Lehramtsbildung und deren Verzahnung erfordert sinnvollerweise eine Aufstockung des Personalbestandes und die Erhöhung allgemeiner Ressourcen, wie dies schon im Gutachten zur Weiterentwicklung der Lehrkräftebildung im Hinblick auf die Universitäten genannt wird: „[Es] müsste dafür gesorgt werden, dass dort in allen Bereichen der Lehrkräftebildung, also in den Fachwissenschaften, den Fachdidaktiken und den Bildungswissenschaften, hohe Expertise in Form von Professuren zur Verfügung steht“ (Gutachten, S. 38). **Grundsätzlich erscheint es unabdingbar, dass die zunehmende Professionalisierung in der Lehrkräftebildung nur über (empirische) Forschung und Anfertigung von domänenspezifischen wissenschaftlichen Studien unter der Maßgabe eines Expertenteams im Rahmen von Professuren (explizit Lehrstühlen) erfolgen kann.**

Die bisherige Praxis, viele Fachdidaktiken ausschließlich mit Fachvertretungen auf der Mittelbauebene auszustatten, stößt hier klar an Grenzen.

Zudem benötigt es eine höhere Personaldecke und finanzielle Ressourcen, um alle drei Säulen und Phasen der Lehrkräftebildung sinnvoll miteinander zu verzahnen. Darüber hinaus müssen auch finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden, (digitale/KI-gestützte) Lehr-/Lernmittel anzuschaffen und effizient einzusetzen.

3. Empfehlung: Sicherstellen von Gelingensbedingungen für eine nachhaltige Demokratiebildung an Schulen

Alle Bemühungen, die Lehrkräftebildung zu professionalisieren, können nur von Erfolg gekrönt sein, wenn sich die Maßnahmen in der ersten und zweiten Phase dann im Alltag aller Schularten entfalten können. Das zielt insbesondere auf die Rahmenbedingungen in der dritten Phase (vgl. Empfehlung 5 des Gutachtens). Um beste Realisierungschancen und Gelingensbedingungen für eine nachhaltige Demokratiebildung sicherstellen zu können, ist der Blick auf diese Aspekte zu richten:

Die Angebote der zentralen, regionalen, lokalen und der schulinternen Lehrerbildung sind verstärkt an der Frage zu orientieren, wie Lehrkräfte für den Unterrichtsalltag „demokratie-sicher“ gemacht werden können und wie man diese Kompetenzen

nachhaltig erhalten kann. Erste Ansätze finden sich im Gutachten der Kommission in der Empfehlung 7, bleiben aber ohne Konkretisierung.

Bei künftigen Lehrplanentwicklungen ist das Thema Demokratiebildung deutlicher und verpflichtender in alle Fachlehrpläne entsprechend dem Gesamtkonzept für die Politische Bildung an bayerischen Schulen und der Verfassungsviertelstunde einzubinden; diese Verankerung führt dann zwangsläufig dazu, dass Demokratiebildung in den Veranstaltungen der vier Ebenen der Lehrerfortbildung Berücksichtigung findet. Eine engere Verzahnung mit Fachthemen ist aus der Sicht von Praktikerinnen und Praktikern relativ leicht und für jede Altersstufe machbar. Der verpflichtende Charakter der Lehrpläne würde die Nachhaltigkeit der Demokratiebildung unterstützen.

Der Stellenwert der Demokratiebildung an einer Schule darf nicht vom mehr oder weniger starken Engagement der Schulleitung bzw. einzelner Lehrkräfte abhängig sein. Schulleitungen sind verantwortlich dafür, wie und wo sich Demokratiebildung als nachhaltige Querschnittsaufgabe im Sinne einer verpflichtenden Aufgabe der Schulentwicklung im Schulleben deutlich widerspiegelt, und zwar über einzelne Projekte hinaus. Der Stellenwert politischer Bildung, u. a. durch die Verfassungsviertelstunde und die Umsetzung des Gesamtkonzepts für die Politische Bildung, sollte bei internen und externen Evaluationen stärker berücksichtigt werden.

Wenn Lehrkräfte stets einen zuverlässigen Rückhalt in ihren Bemühungen bei der Schulleitung finden, lassen sich Ängste verringern. Und diese Sicherheit wird den Lehrberuf mittelfristig für junge Leute attraktiver machen und kann beitragen, das außergewöhnlich hohe Maß an Schwundquoten während des Studiums zu verringern (vgl. Gutachten, S. 10).

Angebot

Aufgrund der Erfahrungen und der Expertise des Landesverbands Bayern der DVPB in allen drei Phasen der Lehrkräftebildung bieten wir an, an einem Lenkungskreis gemäß den Empfehlungen des Gutachtens mitzuwirken.

Gerne bringen wir unsere Anregungen in die Diskussion ein und leisten damit einen Beitrag zur stärkeren Verankerung von Demokratiebildung in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften.

Darin sehen wir auch eine Möglichkeit der konstruktiven Vernetzung mit bereits bestehenden und geplanten Vorhaben wie beispielsweise *Teachers for Democracy (T4D)*, um Synergieeffekte zu evozieren.

München, 12.12.2026